**Zeitschrift:** Schweizerische Kirchen-Zeitung

Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz

**Band:** 4 (1835)

**Heft:** 52

Heft

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 29.07.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Schweizerische Kirchenzeitung,

herausgegeben von einem

## katholischen Vereine.

Die größte Klugheit in schwierigen Verhältnissen bleiben Uns immer Wahrheit und Gerechtigkeit; und eine Liebe, Herablassung und Nachgiebigkeit, welche diese zum Ovser bringen, sind nicht mehr Tugenden, sondern strässiche Schwäche.

Erster Hirtenbrief des gegenwärtigen Bischofs von Limburg. Kath. Kirch.=Zeit. No 44, vom 22. April 1835.

Ergebniß des Vermittlungsversuckes zwischen dem hochwürdigsten Bischof von Basel und dem Stande Aargau durch die Abgeordneten der Luzerner=Ronferenz.

(S ch | u f.)

Fassen nun die untersertigten Abgeordneten die Gründe zusammen, auf welchen die beklagte Inhibition des Bischoss gegen die Vollziehung der Strafurtheile über die des Unzgehorsams gegen die Regierung beschuldigten Aargau'schen Geistlichen obergerichtlich ausgefällt; dessen Verweigerung der kirchlichen Einsehung jenen, welche an ihre Stelle theils zeitig, theils für immer gewählt worden sind, und desselben unter Kirchenstrase erlassenes Verbot beruhen: zu Wahlen neuer Dekane an die Stelle der Entsehten zu schreiten, so wie diese Gründe theils aus den Schreiben des Vischoss an die Regierung des Kantons Nargau, theils noch vollzständiger aus den Unterredungen hervorgiengen, welche die Unterfertigten mit jenem gepflogen haben; so ergeben sich daraus folgende Vehauptungen:

A. Der Staat oder dessen Gerichtshöfe können allein gegen einen bepfründeten Geistlichen keine Entsehung aussprechen, sondern es müsse diese zugleich auch und nach den kanonischen Gesehen durch den kompetenten kirchlichen Gerichtshof verhängt werden, und nur dieses einverständliche Zusammenwirken bedinge die Vollgültigkeit einer solchen Entsehung.

B. Für rein firchliche Vergehen stehe auch der Kirche allein die Strafgerichtsbarkeit zu.

Unter diese Kategorie müsse auch die der Pfarrgeistlichkeit zur Last gelegte Unterlassung der Verlesung der Proflamation des Großen Raths gereiht werden, da die hohe Regierung durch die Anordnung, daß sie durch die Geistlichkeit und während dem Gottesdienste verlesen werde, diese Verlesung zu einem gottesdienstlichen Akt erhoben habe.

- C. Die Entsetzung eines Bepfründeten beschlage mittelbar die ihm innewohnende kirchliche Weihe und Sendung, rein Gegenstände der Glaubenslehre und der Sakramente: diese können nur von der Kirche ertheilt und also auch nur durch dieselbe, einmal verliehen, wieder entzogen werden.
- D. Dekanatsstellen seien kirchliche Beamtungen, auf deren Wahl und Bestätigung die weltliche Behörde zu keiner Zeit einen Einfluß gehabt habe. Die Anordnung solcher Wahlen stehe also auch allein dem Bischofe zu, und zur Gültigkeit solcher Wahlverhandlungen bedürfe es zudem des Vorsizes eines bischösslichen Delegirten.
- E. Nach den kanonischen Gesetzen hätte gegen die in Frage stehenden Geistlichen niemals eine Suspension, geschweige eine Destitution, ausgesprochen werden können. Es sei nicht einmal ein Vergehen vorhanden, denn die am 17. Mai unterlassene Verlesung der Proklamation des Großen Raths sei eine nothwendige Folge des von der Geistlichkeit bei dem Vischof, ihrem Oberhirten, darüber eingeholten Raths, der von ihm nachgesuchten Weisung gewesen; und die so kurz zugemessene, die drängende Zeit

habe der einfragenden Geiftlichkeit nicht einmal die Doglichfeit gewährt, die vom Bischof erhaltene Weisung noch in Zeiten fämmtlichen Pfarrgeistlichen befannt machen zu können. Von daher allein sei am 17. Mai theilweise diese Verlesung unterblieben, und auch diese zeitige Unterlassung sei gleich acht Tage später, den 24. Mai, nachgeholt worden. Gelbst nach den Margau'schen Strafgefegen, - feste ber herr Bischof hinzu, — wo bei dem Unterlasser der fraglichen Verlesung die strafbare Absicht des Widerstrebens bätte nachgewiesen werden können, — hätte im gegebenen Falle eine Entsetzung nicht einmal ausgesprochen werden können. Dabei möchte man doch die schmerzliche Lage bieser Geistlichkeit auch beherzigen, die durch eine außer= ordentliche Anordnung (da im Aargau der Regel nach die Gesetze und Regierungs = Verordnungen, mit Ausnahme jener über den eidgenössischen Bettag, durch die Weibel vor oder nach dem vormittägigen Gottesdienste verlesen werden muffen) dazu verurtheilt wurde, eine Proklamation gegen ihren eigentlichen, geistlichen Vater ber gläubigen heerde und während dem Gottesdienst ab der Kirchenkangel ju verlesen. Tief schien nebenbei den hochwürdigsten Bischof ju schmerzen, daß die ausgefällten Straffentenzen durch den Nargau'schen Kleinen Rath so eilfertig und ohne vor= läufige Mittheilung an ihn in Vollziehung gesetzt wurden, und daß diese spätere Mittheilung vom 10. Heumonat selbst nur so einfach an ihn geschehen sei.

Nach diesen Eröffnungen erklärte der Herr Vischof, daß er im Begriff gestanden sei, dieselben in ein Schreiben an den Aargau'schen Großen Nath niederzulegen, als er vernommen, es habe die in Luzern versammelt sich befundene Konserenz der hohen Diözesanstände eine Vermittlung der obwaltenden Anstände angeordnet, und es werde zu diesem Ende eine Abordnung derselben sich bei ihm einsstnden, welcher der Vischof dann die Gründe, die sein Venehmen in der Sache bestimmt haben, nur um so vollsständiger und allseitig beseuchtet unter Augen legen könnte, wie er es nun zu thun sich's zur angelegenen Pflicht gemacht habe.

Bei diesem Ansaß bot sich für die unterfertigten Abserventeen vielsach die Veransassung dar, den vom hochswürdigsten Vischof aufgeführten Gründen jene des Staates, die diesem anwohnenden Rechte und von daher obliegenden, unerläßlichen Pflichten gegenüber zu stellen; sie aus den Quellen des Staatsrechtes und der Geschichte, mit Veziehung auf das, was diesfalls nicht nur in den die Schweiz zunächst umgebenden Staaten besteht, nachzuweisen. Es ward dabei, aus Veransassung des Vischofs selbst, in eine um so aussführlichere Auseinandersetzung des Oesterreichischen Kirchenzechts eingetreten, als dasselbe für das ehemals unter Oesterzeichischer Votmäßigseit gestandene Friesthal noch heut zu Tage der Wesenheit nach als verbindlich fortbesteht, nicht

aber der Form nach, des Modus procedendi, als welche die Aargau'sche Verfassung und die Gesetze dieses Kantons nach einer allgemeinen Regel festgesetzt haben.

Um auch hierüber in feine lästigen Wiederholungen zu verfallen, sollen die Untersertigten auch hier sich auf diejenige schriftliche Eröffnung lediglich beziehen, welche fie dem hochwürdigsten Bischof am 29. Weinmonat überreicht haben, und der schon oben als Beilage Litt. A Erwähnung geschieht. Indessen konnten sich die Abgeordneten nicht berufen fühlen, sich in eine nähere Kontroverse über das= jenige mit dem Bischofe einzulassen, was derfelbe als dritten Grund, in hinsicht der Weihe und der Sendung, fagt. Der Staat hat es mit dem Geiftlichen nur in der Eigenschaft als Glied des Staates, — tritt dieser aber als Bepfründeter oder auch als kirchlich Angestellter im Staate auf, so hat er es mit ihm, vermöge des Nominationsrechtes, - wo diefes dem Staate gutommt, - in jedem Falle aber vermöge des obersten Aufsichts = und Schutzrechtes, als mittelbaren Staatsbeamten, ju thun. Es haben die Unterfertigten nicht unterlassen, diefes dem hochwürdigsten Bischof jum öftern und mit Nachdruck ju bemerken.

Noch mehr überhebt die Unterfertigten ihre mitgehende schriftliche Eröffnung an den hochwürdigsten Bischof, so wie wohldesselben ebenfalls schriftliche Rückäußerung vom 30. Weinmonat, welche auch früher schon als Beilage Litt. B in Vorschein kömmt, der Nothwendigkeit, in eine noch nähere Auseinandersetzung der Ansichten und Grundfätze sich einzulassen, nach welchen der Bischof seine Stellung gegenüber dem Staate vertheidigte. Beide Aftenftücke enthalten die beidfeitigen, sich gerade entgegenstehenden Grund= fähe über das Wechselverhältniß zwischen Staat und Kirche, so wie es auf der einen Seite der Staat in Anspruch nimmt, und feiner Gelbstständigkeit und vollen Wirkfamkeit wegen in Unspruch nehmen muß, und wie es hingegen die Rirche ihrerseits zulassen will. Indessen fühlte der hochwürdigste Bischof, indem er diese Grundsätze vertheidigte, gar wohl, daß auf diesem Wege feine Vermittlung ber Unstände möglich, fondern die Verwickelungen nur noch mehr zuwachsen müssen, und nimmt daher das Wohlwollen des Aargau'schen Großen Raths, wie er es schon in seinen Buschriften vom 14. heumonat und 3. August an den dasigen Kleinen Rath gethan hatte, aufs neue und angelegentst in Unspruch.

Bemerkenswerth ist an dieser Stelle, daß die um Weisung bei ihrem Oberhirten über die ihr anbesohlene Verlesung der Proklamation des Großen Raths einkommende Geistlichkeit von wohldemselben vorerst nur den mündlichen Rath erhielt, dieselbe zu verlesen, auf ihr ferneres und unablässiges Andringen, selbst in Abordnung an ihn von Deputirten, aber später, allein erst in den

letten Tagen der fatalen Woche, die Weisung zum Verlesen schriftlich erhalten habe.

Das so wiederholt nachgesuchte Wohlwollen des Großen Raths mußte auch die Unterfertigten veranlassen, zu er= forschen: ob und in wie weit beim Bischof eine Geneigtheit vorhanden märe, durch ein gegenseitiges Einverständniß solchen Verwickelungen, wie die obwaltenden find, für die Zukunft vorzubeugen. Pflicht gebot jedoch den Unterfer= tigten, indem sie einen folchen Versuch unternahmen, forg= fältig dabei auch die leifeste Bermuthung ferne zu halten, als dürfte eine daherige Einverständniß sich selbst über den wichtigen Grundsatz der Gerichtsbarkeit ausdehnen. Der hochwürdigste Bischof schützte selbst für das angedeutete Maß einer auch blod das prozessualische Verfahren beschla= genden Uebereinkommniß feine Unbefugtheit vor, mindeftens ohne vorzubehaltende Genehmigung des heiligen Stuhls in eine daberige Unterhandlung mit den Regierungen fich ein= lassen zu können; und die Abgeordneten waren dadurch in den Fall versett, auf die von den hohen Diözesanständen bei der neuen Begründung der Diözese Basel feierlichst verwahrten Rechte des Bischofs hinweisend, dem Bischofe ju erwiedern : es dürften die hohen Regierungen sich kaum je versucht fühlen, die ihnen von selbst anwohnenden Rechte einer solchen Unterhandlung preis zu geben, und da, wo ihr Entgegenkommen von den firchlichen Behörden auf gleiche Weise nicht erwiedert werden wollte, dürften sie in der eigenen Gesetzgebung das Auskunftsmittel vorfinden, hierüber das Zulässige im wohlwollenden Sinne für ihre Geistlichkeit zu statuiren. Im weitern Verfolge der daherigen Unterredungen machte der Bischof endlich die vertrauliche Eröffnung: es dürfte den Wünschen der Regierungen für fünftig vorkommende Straffalle von bepfründeten Geiftlichen dadurch am besten Rechnung getragen werden, wenn fünftighin, unter ihnen zu gebenden Garantien, die bischöfliche Admission bei Pfrundverleihungen nicht, wie bisher, ab= folute, sondern blos bedingt, das heißt: ad Beneplacitum Episcopi oder ad nutum admovibilis ertheilt würde, ein Pfad, der von den frangösischen Bischöfen eingeschlagen werde, und der im Einverständniß mit der hohen Regierung des Standes Bern seit 1833 für die katholischen Pfründen in den Leberbergischen Bogteien, dem ehemaligen Bischof= Bafel'schen Gebiete, aufs Neue seine Unwendung erhalten

Behufs der Hebung der Einsprachen des Bischofs gegen die über geistliche Bepfründetz im Kanton Aargau erlassenen Suspensions – und Entsetzungsstrassen, so wie der zur Seite dessen beharrlich verweigerten Institution der an ihre Stelle Gesetzten häuften sich aber die Schwierigkeiten zur Auffindung eines der Stellung der Regierung angemessenen Auskunftsmittels, bei der vom Bischof für den vorliegenden Fall in Anspruch genommenen Judikatur und

der jum vorhinein gegebenen Erklärung: daß nach den kanonischen Gesetzen nicht einmal der Fall einer Einstellung in der Pfrundverwaltung, geschweige derjenige einer Entfetzung vorhanden sei, noch weit mehr; und nach langem hin = und hersinnen schien man, um mit den ausgesprochenen Grundfäßen nicht in Widerspruch zu gerathen, ein folches Auskunftsmittel, besonders noch bei der Anwesenheit der in ihren Pfründen Eingestellten oder davon Entsetten inner ihren Pfarrkreisen einzig in der ihnen stillschweigend jugelassenen Stellung eines Pfrundverwesers, freilich aus der Zahl der nach Aargau'schen Gesetzen und Verordnungen als kompetenzfähig vorhandenen Geistlichen zu nehmen, darbieten zu wollen, bis und so lange nämlich durch später förmlich herbeigeführte Erledigung der in Frage liegenden Pfründen ihre ordentliche Wiederbefetzung vermöglicht fein würde. Das Schreiben des hochwürdigften Bischofs gewährt daneben die Ueberzeugung, daß ihm bei feiner drückenden Verlegenheit auch von anderwärts dargebotene Auskunfts= mittel nicht unwillkommen gewesen sein würden.

Moch follen die unterfertigten Abgeordneten eröffnen, daß der hochwiirdigste Bischof während den mit ihnen gepflogenen Unterredungen zum öftern des schon seit längerer Beit bei fich getragenen Entschlusses erwähnte, von der bischöflichen Stelle abzutreten: allein dieselben glaubten, durchblickend die neuen Verwickelungen, welche aus einer foldhartigen Erledigung des bischöflichen Stuhles in den obwaltenden Umständen hervorgehen würden, eben so oft als entschieden ein jolches Vorhaben, unter Unspruchnahme auf die hohen Pflichten, welche dem Bischofe besonders in schwierigen Augenblicken zum Wohle der Religion, zur Bewahrung des innern Friedens obliegen, die feine gange hingebung fordern, juruchweisen und den herrn Bischof zudem, im hinblicke auf die Konferenzialverhandlungen vom Weinmonat 1830, erinnern zu follen: daß eine Miederlegung seines bischöflichen Amtes in die Sande des Kirchenoberhauptes niemals anders als mit mindeftens gleich= zeitiger Unzeige an die hohen Diözesanstände, den Landesherrn, geschen dürfte.

Noch sei es den untersertigten Abgeordneten erlaubt, an dieser Stelle auf einen Augenblick bei der Person des hochwürdigsten Bischofs zu verweilen, um ihren hohen Kommittenten die Erklärung zu thun: daß während den Berhandlungen allen, die sie mit wohldiesem gepflogen, hochderselbe ihnen mit Offenheit entgegen gekommen sei, und daß sie durch ihn von den wichtigken Aftenstücken, die auf die Berwickelungen mit dem Kanton Aargau Bezug haben, Mittheilung erhalten haben.

Unter folcher Gestaltung der Sache war vor der hand den Unterfertigten ein weiteres Vorschreiten beim Bischof verunmöglicht, und sie sollten demnach zum zweiten Theile ihrer Aufgabe übergeben, nämlich: bei der hoben Regierung

des Standes Aargau nunmehr ihr begonnenes Werk der Vermittlung und des Untersuchs fortsetzen. Um allda nicht unvorbereitet und daneben noch vor dem Zusammentritte des Großen Raths anzulangen, fündigten die Unterfertigten dem Margau'schen Standeshaupte am 30. Weinmonat ihre Unfunft auf den folgenden Tag an. Der Zweck derfelben, wie die nachfolgenden zwei Aftenstücke es ausweisen werden, - war eben so bestimmt angegeben, als lebhaft der Wunsch darin ausgedrückt lag, der Regierung durch vorläufige, vertrauliche Mittheilungen gefällig sein zu können. 31. Weinmonat Nachmittage 1 Uhr in Navau eingetroffen, machten die Abgeordneten dem Standeshaupte und feinem Stellvertreter eine Stunde später ihren Besuch, die sie aber beide nicht bei hause antrafen. Bei der Erwiederung desfelben nach 4 Uhr durch den hochgeachteten Herrn Landes= statthalter erhielten sie schon die vorläufige Eröffnung, daß der hochlöbliche Kleine Rath sich nicht in der Stellung befinde, mündliche Mittheilungen von den Abgeordneten der hohen Diözesanstände annehmen zu können, und daß man überhaupt in Aarau von der Ansicht ausgehe: Aargau habe sich zwar einer Dazwischenkunft dieser Stände in den obwaltenden Verwickelungen bei dem Bischofe von Basel nicht widersehen wollen: allein seine Forderung an die Didzefan-Mitstände sei eigentlich und einzig auf Gewährung der im Grundvertrage zur neuen Diözesaneinrichtung bedungenen Beschützung der ihm zustehenden, landesherrlichen Rechte gegen den diese nicht beachtenden Bischof gerichtet gewesen, welche Garantiegewährung ber Stand Aargau auch einfach von der Treue diefer Mitstände erwarten wolle. Das furz darauf ihnen überbrachte, als Beilage Litt. C mitfolgende Regierungsschreiben und das Nachfolgen einer an sie abgeordneten Regierungsbeputation in den Perfonen der hochgeachteten Herren Landammann Dr. Lufcher, Landesstatthalter Dorrer und Regierungsrath Schufelnbühl fette diefes noch flärer ins Licht. Es laffen die Unterfertigten dieses Schreiben selbst sprechen, und fügen nur noch bei, daß, nachdem fie der Margau'schen Abordnung ihre Stellung durch die Konferenzverhandlungen und die daraufhin ihnen zugekommenen Aufträge nachgewiesen, auch den Zweck ihrer Anherreise unter dem der hohen Regierung möglichst gefälligen Gesichtspunkte näher beleuchtet hatten, - fie es auch eben dieser Stellung und dem darin liegenden Verhältniß zu ihren hohen Kommittenten angemessen erachten mußten, die erhaltene schriftliche Ablehnung durch die unter Litt. D mitfommende Antwort \*) verwahrend zu erwiedern. Konnten auch die unterfertigten Abgeordneten der hoben Diözesanstände nach einer so unerwarteten Wendung des Geschäftes nicht mehr in amtlicher Stellung und mit der

davin liegenden Wirksamkeit vermittelnd und untersuchend in Navau auftreten; so versuchten sie es doch wenigstens, bei vertraulichen Gesprächen auf eine ruhigere und weniger befangene Beurtheilung der eingetretenen, traurigen Disverhältnisse hinzuwirken, und vorzüglich auf die weitaus febenden Folgen aufmertfam ju machen, die im hintergrunde der herbeigeführten Aufregungen vielleicht würden vorbereitet werden wollen. Diefer sich vorgefette 3med, so wie die treu befreundeten Gesinnungen für den hohen Stand Aargau, welche die hohen Diözesanstände bei ihren in deffelben Angelegenheit gefaßten Beschlüffen geleitet haben, machten es den Unterfertigten auch zur Pflicht, die den Abgeordneten dieser Stände zugedachten Ehrenbezeugungen fo wenig abzulehnen, als ihnen ihre Stellung erlaubt haben würde, am Vorabende der Großenrathsversammlung länger als bis Sonntag Nachmittags 5 Uhr in Narau zu verweilen, um dadurch fich junächst gegen den Berdacht einer unzeitigen Einwirfung auf deffen Mitglieder ficher zu ftellen. Von da begaben sie sich noch am nämlichen Abende nach Zoffingen, und trafen allda unter sich die letten Verabredungen über das, was ihnen weiter zu thun obliegen möchte. in 18 julio 18 nou plustu 2

Da die nach Aarau unternommene Reise die beabsichtigte Durchführung der ihnen gemachten Aufgabe versehlte; so konnte auch vor der Hand an weitere Vermittlungsversuche von den Untersertigten nicht mehr gedacht werden, und sie waren daher von nun an darauf lediglich beschränkt, von dem, was sie bisher gethan, und was für Wahrenehmungen dabei für sie hervorgegangen waren, dem hohen katholischen Vororte, zu Handen sämmtlicher hohen Diszesanstände, eine eben so vollständige als pstichtgetreue Rechenschaft abzulegen.

Diefer letten Pflicht um fo vollständigeres Genüge ju leisten, erlauben sich die unterfertigten Abgeordneten, ihrem gegenwärtigen, aus den Aften und den forgfältig mit dem hochwürdigsten Bijchof gepflogenen Unterredungen geschöpften Berichte die Bemerkung noch anzufügen : daß hochdiefer ju den vom papftlichen Stuhle in den obwaltenden Angelegenheiten erlaffenen Aften durchaus feine Beranlaffung gegeben haben will; daß er das papftliche Rreisschreiben des Papstes Gregor XVI. bom 16. Mai an die gesammte Geistlichkeit der Schweig, hinsichtlich der Badener-Ronfereng-Befchluffe erlaffen, durch feinen Ugenten in Rom erhalten, und davon, ungeachtet der an ihn geschehenen Zudringlichfeiten, Diemanden außer den Standeshäuptern der fieben Diozesanstände die bekannte, blos vertrauliche Mittheilung gemacht zu haben erflart. Indeffen ließ es fich nachweisen, daß dieses Kreisschreiben von Rom aus selbst und auch durch den Sekretär der Kongregation S. Officii seu inquisitionis fogar an einzelne Geistliche in der Schweiz unmittelbar geschickt worden sei. thumsberbande. \*

Bir theilen diese unter C. und D. angeführten Schreiben deshalb nicht mit, weil sie nichts enthalten, was nicht hier schongesagt ware.

Dabei schließen die unterfertigten Abgeordneten mit dem innigen Wunsche, es möge der Großmuth und der Weisheit der hohen Diözesanstände, welche die Vermittlung und Untersuchung in den obwaltenden Angelegenheiten des hohen Standes Aargau angeordnet haben, in Fortsetzung ihrer gemeinsamen Bemühungen für das kirchliche Wohl ihrer katholischen Angehörigen, gelingen: die vorhandene, ernste Ausregung zu beschwören und mittelbar das irregesführte katholische Volk väterlich zu enträuschen, und ebenso die in Besorgniß gesetzte katholische Geistlichkeit über die angestammten Rechte der Schweiz in Kirchensachen in Milde zu bekehren, und über das Handeln der gottesfürchtigen Vörväter in Vorfallenheiten solcher Natur auszuhellen, sie dem gefährdeten Vaterlande wieder zu gewinnen!

fertigten die Gefühle ihrer unbegrenzten Hochachtung und vollkommenen Ergebenheit genehmigen zu wollen.

hochgeachtete, hochgeehrteste herren Regierungsräthe!

Don sonedle nedilmi Dero gehorfamfte Diener: Id no !!

nageilda nude (Sign.) S. R. Amrhyn, Altschultheiß.

Ludwig von Roll, Staatsrath.

## Rirdliche Nachrichten.

Raths über die vaterländischen Angelegenheiten, welcher dem Großen Rathe in seiner letten ordentlichen Winterstung ist, vorgelesen worden, dasjenige folgen, was darin über die katholisch-kirchlichen Angelegenheiten gesagt ist. Inhalt und Sprache ist von der Art, daß allfällige Bemerkungen dazu überflüssig gemacht sind. Der Bericht lautet:

"Die Regierung des Kantons Aargan hat, wie Sie aus jenem Berichte vernommen, die widersetzlichen Geistlichen den Gerichten überwiesen. Bon diesen wurden mehrere derselben in ihren Pfründem eingestellt oder davon abgesetzt. Der Negierung ward die Bollziehung der Urtheile überwiesen. Ihrer verfassungsmäßigen Stellungentsprechend, ordnete dieselbe sofort diese Bollziehung an."

Davon nahm der hochwürdigste Bischof von Basel Anlaß, nicht nur eine Verwahrung gegen die Vollziehung dieser Urtheile einzusiegen, sondern zu erklären: daß er an den eingestellten und abgeseten Geistlichen fein Vergehen sinde, daß eine Einsehung und Absehung von Geistlichen in ihren Amtsverrichtungen nur vom Vischofe und nach den kirchlichen Gesehen ausgeben dürfe, daß er ieden, welcher an die Stelle der richterlich Eingestellten oder Abgesesten treten würde, suspendiren werde, daß er übrigens auf den Großen Nath sich beruse und in demselben das Mittel sinde, daß das gethane Unrecht aufgehoben werden könne."

Mlein der Große Rath des Kantons Aargau fand sich nicht bewogen, die längst vergrabene Immunität der Geistlichkeit wieder hervorzusuchen und dadurch die in seiner Versassung gewährleistete Rechtsgleichheit aller Bürger und Stände zu Grabe zu tragen. Er forderte vielmehr vom Vischosse Anerkennung der weltlichen Gerichts-darkeit über die Geistlichen, er forderte aber auch von den Visthumsstantonen die im Grundvertrage vom 28. März 1828 zugesicherte Garantie seiner Nechte gegen den Vischof und drohte demselben mit Temporaltensperre, den Kantonen aber mit Austritt aus dem Vischumsverbande."

"Mittlerweilen ließ fich auch jene dunkle Gewalt, deren geheimes Wirken Wir Ihnen bereits in Unferm Berichte vom 6. Brachmonat angedeutet, mehr in den Bordergrund. Auf bertraulichem Wege wurde Uns vom hochwürdigsten Bischof ein vom Papste unterm 16. Mai erlassenes Kreisschreiben an die katholische Geiftlichkeit der Schweiz ausgestellt, worin über die Badener-Konfereng die Berbannung ausgesprochen murde. Die Verbreitung deffelben murde nicht verlangt. Denn bereits hatten die Sandlanger der fremden Einmischung in ererbte Rechte des Staates geschäftig für die Verbreitung dieses Machwerkes gesorgt. Allein Wir wollten nicht durch unzeitiges Stillschweigen den Schein geben, als nahmen Wir eine im Mamen der Religion der Liebe erlaffene Verläfterung der geschätztesten Eidgenoffen, eine schlaue Verwirrung aller Berhaltniffe zwischen Staat und Rirche, eine Berdachtigung der reinften Befinnungen und mahrhaft vaterländischen Bestrebungen ruhig bin. Wir wollten die Ehre und das Recht der Eidgenoffen, den feierlich ausgesprochenen Willen des Großen Raths durch entschiedene Gegen= maßregeln bewahren."

"Vor Allem aus ließen Wir demnach unterm 26. Brachmonat an die Regierung von Bern eine dringende Aufforderung zur Genehmigung der Badener=Konferenz=Anträge ergehen."

"Unterm 10. Seumonat stellten Wir an sammtliche Babener-Konferenz-Stände die Frage: ob sie nicht geneigt seien, in eine neue Konferenz zusammenzutreten, um sich über Maßregeln zu berathen, wie die angesochtenen Vadener-Konserenz-Vorschläge behauptet werden können. Dem Bischose erwiederten Wir gleichzeitig, daß Wir dem papflichen Kreisschreiben das Plazet nie ertheilen werden."

"Bon der Ansicht geleitet, daß dem durch die Presse alseitig verbreiteten Kreisschreiben durch ruhige Belehrung auf dem Wege der Dessentlichkeit entgegengewirkt werden solle; von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das biedere und verständige Volk des Kantons Luzern in seiner großen Mehrheit die Stimme des Vaterlandes und die Stimme der Wahrheit leicht von derzenigen einer fremden, vaterlandsseindlichen Gewalt und einer mit Glanz des Ansehens umgebenen Arglist unterscheiden werde: beschlossen Wirunterm 14. August, diezenige Beleuchtung und Bekanntmachung der Vadener-Konserenz-Arrikel zahlreich zu verbreiten, welche auch sämmtlichen Mitgliedern des Großen Kaths zugesendet worden ist."

"Gleichzeitig, als Bir mit dem Gedanken umgiengen, eine neue Konferenz der Regierungen, welche in Baden waren repräfentirt worden, zu veranlassen, gelangte von der Regierung des Kantons Aargau an Uns das dringende Ansuchen um Einberufung einer solchen Konferenz, welche sich vorzüglich auch mit der Angelegenheit des dortseitigen Kantons werde zu beschäftigen haben."

"Da es sowohl in Unsern eigenen als auch in den Bünschen der Regierung von Solothurn lag, die Angelegenheit dortiger Domprobstwahl, von welcher Bir ebenfalls in Unserm Berichte vom 6. Brachmonat Erwähnung gemacht, zu einer gemeinschaft-lichen Bisthumssache zu machen, und da Uns auf unsere Anfrage vom 10. Heumonat zusagende Antworten eingekommen, so beriefen Bir unterm 15. August eine Konserenz sämmtlicher Baselschen Bisthumskantone und des Kantons St. Gallen auf den 7. Herbstemonat nach Luzern und stellten ihr die doppelte Ausgabe: erstens Berathung von Maßregeln zur Bollziehung der Badener-Konserenz-Urtikel, und zweitens Berathung von Bisthumsangelegenheiten."

"Die Konferenz theilte sich fofort in zwei Abtheilungen nach dem Inhalt der Bisthumsgegenstände und führte zwei gesünderte Protofolle."

"Diejenige Konferenz, welche die Berathung von Mafregeln zur Vollziehung der Badener-Konferenz-Artikel zu ihrer Hauptbe-schäftigung gemacht, beschränkte sich auch in ihren Anträgen einzig und allein auf diese Vollziehung. Nichtsdestoweuiger hat sie zur festen und richtigen Bezeichnung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht: wie Sie

aus dem beigelegten Protokolle entnehmen werden. Einen der wichtigsten Beschlüsse zur Bereinfachung und richtigen Durchführung jener Berhältnisse mag wohl die Ausstellung einer alle Unterhand-lungen leitenden Behörde sein. Einmüthig sind die Abgeordneten der übrigen Kantone in die von Luzern gedrungen, Luzern als katholischer Borort möge diese Leitung übernehmen. Wir glaubten, dies schmeichelhafte Bertrauen Unserer Eidgenossen nicht zurückweisen zu sollen."

"Wir haben demnach in Folge des Uns vom Großen Nathe unterm 18. April 1834 ertheilten Auftrages, zur Aussührung der Sache die weitern Schritte zu thun, unterm 7. Weinmonat sämmteliche Anträge der Badener=Ronferenz genehmigt und hievon den übrigen Kantonen, so wie Zürich und Graubünden Kenntniß gegeben. Die Regierung des Standes Zürich zeigte in ihrer Antwort vom 13. Weinmonat die Geneigtheit zu einem sörmlichen Anschlusse and die Konferenzvorschläge an. Auch die Regierung des Kantons Nargan berichtete unterm 16. Weinmonat die Genehmigung der Konferenzanträge von Luzern, so wie Basel-Landschaft unterm 29. Weinmonat die gleiche Zuscherung ertheilte."

"Wir konnen Ihnen nicht verhehlen, daß Wir im Sinblicke auf die bereits unterm 6. Brachmonat Ihnen zur Kenntniß gebrach= ten Verwickelungen, im Sinblicke auf jenes römische Kreisschreiben som 16. Mai von der Konferen; entschiedenere Schritte gewinscht hatten. Unferseits hatten Wir den Abgeordneten Instruktionen zu fraftigen Maßregeln ertheilt. Rämlich glaubten Wir gegen die Runtiatur die Rechte des Staates und der Kirche mahren zu sollen. Wir gaben Unfern Abgeordneten den Auftrag, zu erklären: "man werde fortan den Runtien keinerlei Einmischung in die kirchlichen Angelegenheit und keinerlei geistliche Gerichtsbarkeit gestatten, son= dern sie lediglich als Gesandte des Fürsten von Rom anerkennen. " Wir wiesen fie an: ",, die Vorsichtsmaßregeln, welche anderwärts gegen die papftlichen Muntien angewendet werden, Behufs der Un= wendung in der Schweiz in Vorschlag und Berathung zu bringen."" Die Gesandtschaft des Standes Aargan unterflüste Unsere Abgeord= neten und vereinigte fich für den daberigen Untrag derfelben. Gine Kommission, welcher der gemeinschaftliche Antrag überwiesen worden, schlug vor, "die Gerichtsbarkeit der väpstlichen Nuntien in geistlichen Dingen als Mifbrauch zu erklären und dagegen die geeigneten Maß= regeln zu ergreifen.""

"Allein die Mehrheit der Konferenz glaubte fich bei den über Errichtung eines Erzbisthums und über Sicherung der Nechte des Bischofs gesaften Beschlässen beruhigen zu können. Die Minderheit vereinigte sich mit der Mehrheit, da dieselbe die Grundsäße von Luzern und Aargau förmlich als richtig anerkannt hatte, und es vor Allem wichtig schien, in Eintracht zu handeln. Aargau behielt sich übrigens seierlich seine Souveränität und Konvenienz vor. Was jedoch um so unnöthiger sein mochte, da durch die Beschlüsse der Konferenz keinen Souveränitätsrechten irgend ein Eintrag gesichah, sondern nur eine nachdrücklichere, weil gemeinschaftliche Ausübung derselben gewährleistet werden wollte."

"Diesenige Konferenz, welche Basel'sche Bisthumsangelegenheiten berieth, hatte sich vorzüglich mit dem Zwiste zwischen dem Kanton Nargau und dem Bischof von Basel zu beschäftigen. Der Kanton Nargau batte förmlich die Gewährleistung seiner Nechte von den Bisthumskantonen angesprochen. Die Konferenz sand einmüthig den Fall einer Dazwischenkunft sür gegeben, gab der Negierung von Nargau die Zwischenkunft sür gegeben, gab der Negierung von Nargau die Zwischerung, die Nechte des Kantons gewährleisten zu wollen, wollte jedoch zuerst die Gründe und Gesinnungen beider streitenden Theile vernehmen und untersuchen und vor Allem aus den Weg der Vermittlung versuchen. Denn die Konserenz seste im Bischose keine verfassungswidrige Gesinnung voraus, sondern glaubte ihn durch andere Ansichten in seinem Benehmen geleitet und wollte aus Achtung sowohl für seine Verson und für seine Würde, als auch aus Achtung für den Grundsan der Gerechtigkeit: das man beide Theile hören solle, ihm Gelegenheit verschaffen, alle

Gründe seines Versahrens offen entdecken und von der andern Seite die nöthigen Erklärungen und Aufschlüsse durch unvarteisische Vermittlung einholen zu können. Sie wollte den Visthumskantonen ihre Stellung als Richter in den gemeinschaftlichen, vertragsgemäßen Angelegenheiten sichern. In dieser Absicht faste Sie den Veschluß, den Sie aus beiliegendem Protokoll entnehmen konnen, und bezeichnete als Vermittler die hochgeachteten Herren Statthalter J. K. Amrbyn und Staatsrath Ludwig von Roll von Solothurn."

"Sobald die Natisikationen der Mehrheit der betheiligten Stände eingegangen waren, wurden die Vermittler beauftragt, ihre Aufgabe zu übernehmen, da die Regievung des Kantons Aargau auf Erledigung drang. Noch ist Uns der schriftliche Bericht der Herren Vermittler über ihre Unterhandlungen nicht zugekommen. Wir müssen demnach hier Unsern Bericht über diese hochwichtige Angelegenheit abbrechen und können nur wünschen, daß die Herren Vermittler von beiden Seiten dassenige Gehör mögen gefunden haben, welches nothwendig ist, wenn Unterhandlungen, welche mit den reinsten Gesinnungen angebahnt worden sind und den Zweck gehabt haben, unselige Verwirrungen im Vaterlande, wo möglich zu verhüten, einige Hoffnung auf Ersolg darbieten sollen. Wir wollen hoffen, der Zuruf der eidgenössischen Negierungen der Visthumsskantone werde ihren Abgeordneten die Achtung und das Zutrauen beider streitenden Theile zum voraus bereitet haben."

"Nehft dieser Angelegenheit hatte die Bisthumskonferenz auch noch die Domprobstwahl von Solothurn zu behandeln. Inzwischen hatte die Regierung von Solothurn an den Papst eine entscheidende Berwahrung ihres Bahlrechts ergehen lassen. Die Konferenz erklärte einmüthig, es könne dem römischen Hofe, als vertragschlieffenden Theile, unmöglich zustehen, einen Bertrag von sich aus zu erklären und man behalte sich demnach, falls die Entscheidung von Rom nicht anders als früher ausfalle, die weitern Entschließungen vor. Auch dieser Beschluß ist bereits von den meisten Kantonen genehmigt."

"Die Bisthums-Konferenz fand denn endlich für nothwendig, das Domkapitel von Basel aufzusordern, ein Geschäftsreglement zu entwersen, nachdem eine Einladung vom Jahr 1830 fruchtlos geblieben. Die Domherren zogen richtig ihre Gehalte, erfüllten aber keine ihrer Pflichten und Verrichtungen als Mitglieder des bischöfelichen Senates. Diese Aufforderung haben Wir an Bestimmung gesendet, und es soll nun, wie Wir aus einer Antwort des hochwürdigsten Bischofs vernehmen, derselben Folge geleistet werden."

"Was in Unserm engern Baterlande, im Kanton Luzern, mit ben Bestrebungen berjenigen Partei, welche die Nechte und Freiheiten der Kirche und des Staates an eine fremde Herrschaft veräußern möchte, um durch dieselben zu herrschen, im Einklange geschehen sei, haben Sie bereits durch besondere Mittheilung erfahren. Wir wollen demnach auf dieselben nicht mehr zurückkommen, fondern schließen Unsern Bericht mit den Bersicherungen vollkommenster Jochachtung."

Nargau. Wir müssen nochmals auf die Angelegenheit der Eidesleistung der katholischen Geistlichen im Nargan zurückkommen. Die Geistlichkeit der Bezirke Bremgarten und Muri hatte in ihrer Zuschrift an den Großen Rath sich auf das Beispiel Baierns berufen, wo der unbedingte Eid ebenfalls verweigert und der bedingte Eid zugelassen worden sei. Man wollte die Petenten hierin der Unrichtigkeit beschuldigen, indem man sagte: "Die ganze kathozische Geistlichkeit Baierns schwur ohne Rlausel, und jenen "Erlaß sagte nichts, als daß die katholische Religion durch "die Berfassung garantirt sei, daß man nie also etwas "gegen die damit garantirten Kirchensahungen verlangen "werde — das mußte die Regierung in Narau auch sagen, "aber Rlauseln kann sie so wenig zugeben, wie die Regier

rung von Baiern fie jugab." — Gebr gelegen giebt uns die "Sion" in No. 148 hierüber folgenden Aufschluß:

"Der im Jahre 1818 für Baiern gegebenen Berfaffungsurfunde war ein Religionseditt beigefügt, welches mit dem früher abgeschloffenen Konkordate im direkten Widerspruche steht und Grundfage enthält, welche mit den Lehren der katholischen Kirche auf feine Urt vereinbat find. Der angedrohten Zwangsmaßregeln ungeachtet, verweigerten deswegen mehrere Pfarrer den Eid auf die Konstitution; daffelbe thaten auf dem ersten Landtage (1819) mehrere Reichsräthe (z. B. der H. Erzbischof von München-Freising, Freiherr von Gebfattel) und Deputirte der kathol. Geist= lichkeit. Sie reklamirten die in der Verfassungsurkunde ausgesprochene Gewissensfreiheit und fügten bei: Sie feien bereit, den Konstitutionseid zu leisten, jedoch unter der Bedingung, daß das Religionsedift nur die burger= liche Ordnung betreffe, und also gegen das Konkordat und gegen die Jurisdiktion der katholischen Kirche nicht in Un= wendung gebracht werden dürfe; und daß der Eid felbst die Ratholiken zu nichts verbinden könne, was ben Dogmen, Gefeten und Rechten der römisch= fatholischen Kirche auf irgend eine Urt wider= fpreche oder nachtheilig werden möge. Die Beharr= lichkeit siegte. Se. Maj. der König Max entschied für die gerechte Sache und für die modifizirte Erklärung des katholischen Klerus. Aber hiedurch war der Sieg noch nicht vollständig; denn es war nur gestattet, einen bedingten Eid zu leisten. Längere Zeit wurde der Vollzug des Kon= kordates wegen der Widersprüche mit dem Religionsedikte verzögert. Endlich waren alle Hindernisse besiegt und eine am 15. September 1821 erschienene königliche Verordnung erklärte, daß bas Sonkordat nunmehr in allen feinen Theilen vollzogen werder sollte. Hierauf fährt sie fort: "Bugleich fügen Wir zur Beseitigung aller Migverständnisse über den Gegenstand und die Beschaffenheit des von Unsern fathol. Unterthanen auf die Konstitution abzu= legenden Eides die Erflärung bei, daß, indem Wir Un= fern getreuen Unterthanen die Konstitution gegeben haben, Unfere Absicht nicht gewesen sei, dem Gewissen der selben im Geringsten einen Zwang anzuthun, daß daher der von Unfern kathol. Unterthanen auf die Konsti= tution abzulegende Eid lediglich auf die bürgerlichen Verhältniffe sich beziehe, und daß sie dadurch zu nichts werden verbindlich gemacht werden, was den gött= lichen Gesetzen oder den katholischen Kirchenfahungen entgegen wäre."" Daraus mag nun Jeder felbst urtheilen, ob die Behauptung derjenigen richtig sei, welche fagen: "Alles, was im Konkordate der Verfassung widerspricht, sei als nicht gegeben anzusehen."" Jedem wird einleuchten, daß gerade das Gegentheil mahr ift, nämlich: "Alles, was in der Verfassung dem Konkordate oder den übrigen katholischen Kirchensatzungen widerspricht, ift für den Katholiken als nicht gegeben anzusehen, und er ift dadurch nicht gebunden.""

So hat denn die gefammte Geiftlichkeit des Alargau's

mit dem vom hochw. Bischof genehmigten Vorbehalt (oder Interpretation) den Eid geleistet.

Wir sind nun noch schuldig, einige Thatsachen nachzutragen, welche sich während dieser wichtigen Zeit zugetragen haben. Man hatte immer beliebt, das Freien= amt als in Unruhen begriffen darzustellen, ohne je durch ein Faktum beweisen zu können, daß die Ordnung gestört worden fei. Die Stände Schwyz und Uri haben das Gleiche in ihren Zuschriften vom 3. Dez. an den Vorort bemerkt. Als es sich am 28. November im Großen Rathe zu Narau fragte, ob man das Militär wieder aus dem Freienamte zurückziehen wolle, las Dr. Bruggiffer einen Brief eines unbepfründeten Geistlichen vor, worin die Stimmung der Gemeinden Schupfart und hellikon als höchst bedenklich und unruhig geschildert wurde. In einer Buschrift vom 3. Dez. an den Großen Rath begehrten Die genannten Gemeinden, daß man ihnen diefen "Verläumder" nenne; denn Unruhen und Unsicherheit haben bei ihnen nicht statt gefunden. Dr. Bruggisser hatte ebenfalls behauptet, in der Gemeinde Sarmenftorf feien Rugeln gegossen und den Goldaten gezeigt worden mit den Worten: diese sind für euch. Die Gemeinde erklärte in einer Buschrift an den Großen Rath bom 4. Dez., daß sie dadurch vorläumdet sei und sich genöthigt sehe, dies als offenbare Lüge von sich abzuweisen; die Offiziere Bauer und Berner unterstützten die Gemeinde mit Zeugnissen. Dr. Bruggisser wußte hierauf nichts zu erwiedern, als daß es unwürdig fei, ein Großrathsmitglied fo zu beschmuten. Der Gemeinde wurde das Mißfallen bezeugt für ihre Ausdrücke, die Behauptungen aber als erdichtet zugestanden.

Wie der Ami de la Justice in No. 34 umständlich erzählt, "waren vor dem Kloster Muri Feuerschlünde aufgeführt worden, als gälte es eine völlige Belagerung. Während nun eine Artillerie-Kompagnie in der Rabe stationirte, erhielt der Dekan des Klosters (der Abt weilte indessen auf einem seiner Landgüter im Thurgau) mehrere anonyme Briefe, welche alle ibm die Anzeige machten, daß gegen das Kloster ein Komploti existive; einer dieser Briefe war von Aarau datirt und außerhalb war das Postzeichen von Narau aufgedrückt. Es wurde ihm darin angezeigt, daß mehrere Personen bestellt seien, am Tage des 29. Nov. mit Waffen unter ihren Kleidern sich ins Kloster zu schlei= chen, sich in die obern Stockwerke hinauf zu begeben und daselbst bis zum Augenblick ruhig abzuwarten, bis auf dem Plate eine Militärinspektion vorgenommen würde; während der Inspektion follten sie dann aus den Fenstern des Rlo= sters Feuergewehre auf das Militär losschießen; dies sollte der Sache den Schein geben, als wenn die Klostergeistlichen auf das Militär einen Angriff gewagt hätten; und man hoffe, das Militär würde, durch einen solchen treulosen Angriff gereizt, herwärts das Kloster bestürmen und ihm das Schicksal der unglücklichen Rlöfter Spaniens bereiten; ein im gleichen Augenblick losgebrannter Kanonenschuß follte den in der Nähe stationirten Truppen das Signal fein, auf Muri zu marschiren und an Allem Theil zu nehmen."

"Der Dekan des Klosters sette unverzüglich den Oberst Rothplet von diesen Briefen in Renntniß, der ihm dafür dankte und gegen dieses Unglück Vorkehrungen zu treffen versprach. Der Oberst ließ alle Zugänge des Klosters mit Wachen befegen, die den Auftrag hatten, Niemanden ein= julaffen, der nicht ein von ihm eigenhändig unterzeichnetes Billet vorweisen könnte. Diese Vorkehrungen nöthigten die Verabredeten, ihren Plan zu ändern und die Ausführung bis auf die Nacht zu verschieben. Gegen 10 Uhr fah man einen Unbekannten haftig auf eine der Ranonen zueilen, die vor dem Kloster aufgestellt waren. Die Wache schof nach ihm, aber ohne ihn zu treffen; er zog fich zurück. Einige Augen= blicke nachher näherte fich ein Offizier, R..... von Zofingen, der Kanone und jog die zur Seite brennende Lunte aus. Aber die Schildmache versetzte ihm einen Säbelhieb, bevor er die Kanone losbrennen konnte. R..... wurde fogleich ergriffen und nach Aarau geführt. Die Vorsehung hat gewacht; fie hat nun das Rlofter Muri fchon zum zweiten Male auffallend vom bevorstehenden Untergang gerettet, da fie auch das Komplott vereitelte, welches der unglückliche Welti zur Anzündung und Plünderung desselben mit nicht unbedeutenden Personen eingegangen zu haben bor seinem Tode noch eingestanden hat." So das genannte Blatt.

Auch das mag noch einige Aufflärung geben über den Iweck und die Wuth der Feinde der Klöster, daß der Republikaner in No. 96, wo er seinen Groll über die Wendung der Dinge im Aargau nicht zurückhalten konnte, sagte: "Zeht ist es eine Sache von Schweizerischer Bedeutung, daß, wenn Aargau den Forderungen der Zeit nicht entspricht, Zürich nicht mehr säume, Rheinau zu säkularistren; und wer kann ungefährdeter den Anfang machen als Zürich?" — In No. 99 ist von demselben Blatte wieder die Aussehung der Thurgau'schen Klöster angerathen, aus dem einzigen Grunde, weil die Kantonalund Gemeindesonds zu arm seien!

Es ist auch sehr auffallend, wie bei der Eidesleistung der Geistlichen das Plazetgesetz, dessen Unstatthaftigkeit sich eben bei dieser wichtigen Gelegenheit an Tag gegeben hat, sowohl von der geistlichen als weltlichen Behörde selbst ift umgangen worden, - von jener, indem fie den Geiftlichen ohne Plazet ihre Entscheidungen zugefendet, — von dieser, indem sie eben diese Entscheidung der geistlichen Behörde ohne Plazet der Regierung in das Eidleistungs= protokoll aufgenommen. Aber eben dieser Umstand scheint von der überwiegenden Regierungspartei dazu benütt wer= den zu wollen, Alles wieder in die Lage por dem 27. No= vember zurück zu versetzen. Den Beweis hiefür glauben wir sehen zu muffen in den auffallenden Beschlüffen des Margau'schen Großen Raths vom 17. Dezember, welche Beschlüsse folgende sind: 1) die von den Geistlichen in den Begirken Muri, Bremgarten und Baden bei der zweiten Eidesleistung zu Protofoll gegebenen Erklärungen als null und nichtig zu erklären und zu kassiren; 2) durch die bezüglichen

Bezirksämter die diesfälligen Protokolle mit Auslassung der fraglichen Erklärungen umschreiben und von den betreffenden Geistlichen mit dem Verdeuten wieder unterzeichnen zu lassen, daß der seine Unterschrift verweigernde Geiskliche angesehen werde, als habe er auf seine Pfründe Verzicht geleistet; 3) dem ungesehlichen Erlasse des Bischofs das hobheitliche Plazet zu versagen; 4) vorgefallene Verlehungen des Plazetgesets bei den betreffenden Gerichten unter Mittheilung der bezüglichen Akten zur Untersuchung und Vestrasung anhängig zu machen, und 5) für die krästige und psiichttreue Vollziehung der Gesehe in den Bezirken auch in persönlicher Beziehung zu sorgen; rücksichtlich des schwachen oder psiichtwidrigen Benehmens der Bezirksamtmänner von Muri, Baden und Vremgarten seines Umtes zu handeln.

Solothurn. Der Große Rath ist nicht blos nach achtstündigen Debatten über die Badener-Konferenz-Unträge zur Tagesordnung geschritten, sondern hat am 17. Dez. auch das Plazet verworfen.

Zürich. Im Regierungsrathe ist die Ausbebung des Rlosters Rheinau beantragt worden. Der Antrag wurde aber mit 12 Stimmen gegen 3 abgewiesen.

St. Gallen. Am 5. Dez. wurde der hochw. Prälat von Pfäfers vom Obergericht des Bezirks Sargans zu 10 Franken Strafe verurtheilt, weil er am 5. Juli 1. I. bei der Weihe des hochw. I. G. Bossi zum Vischof von Chur und St. Gallen in Einsiedeln assistivt hatte — also wegen einer reinzgeistlichen Angelegenheit. Er hatte durch den hochw. P. Blasius Huber dem Gerichte eine schriftliche Vertheidigung eingereicht. Der Amtskläger hat appellirt. — Das Bezirksgericht von St. Gallen hat den Herrn Bachmann, als Einsender eines Artikels in den Wahrheitsfreund, wodurch sich das abgetretene Großrathstollegium beseidigt fühlte, zu 300 Frank. und obendrein noch den Herrn Pfarrer Popp, als Redaktor, zu 150 Fr. Strafe verurtheilt. — Geistliche Immunität nach neuem Schnitt!

Frankreich. Es mag unsern Lesern noch im Ge-dächtniß sein, daß voriges Sahr sich zwischen dem Bischof Trevern ju Strafburg und dem gelehrten Bautain ein bedeutendes Misverständnis erhoben hatte, welches die Feinde der Kirche mit Vergnügen sahen. Mit Freude berichten wir nun, daß der Roadiutor Donnet von Nancy den herrn Bautain und alle in gleichem Falle befindlichen Priester mit dem Bischof wieder ausgeföhnt und daß Bautain genügeude Erklärung und Genugthuung gegeben hat. Auf die von seinem Bischof gestellten Fragen gab Sr. Bautain und alle Priefter, die feiner Unsicht beigepflichtet hatten, genügende und bestimmte Antworten. - Die fath. Rirch. 3tg. melbet, daß nach Briefen aus Bonn die dortigen Professoren der Theologie beschlossen haben, sich dem Urtheile zu unterwerfen, welches der heil. Stuhl über die Schriften des ver= storbenen Professors hermes ausgefällt hat, und daß Sr. Prof. Achterfeldt den Gebrauch der Dogmatik von Hermes im Konvikt verboten hat.

Da die Luzernerzeitung auch im Jahr 1836 fortgesett wird, so werden diejenigen, die auf dieselbe zu abonniren gedenken, anmit böslich ersucht, ihre Bestellung besörderlicht an die betresenden Postamter gelangen lassen zu wollen. Die Nedaktion wird es sich immer mehr und mehr zur angelegenken Pflicht gereichen lassen, das Zutrauen, womit sie beehrt werden wird, zu verdienen.
Die Nedaktion der Luzernerzeitung